



Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 17. Juni 2009

Vorlagen-Nr. 09-F-25-0057

Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz

- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP vom 20.5.2009 -

Die Bundesregierung hat Mitte Februar 2009 den Entwurf eines Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes verabschiedet. Ziel dieses Gesetzes ist, den Schutz älterer, pflegebedürftiger und behinderter Menschen zu stärken. Das Gesetz soll vor Benachteiligungen bei Verträgen schützen, die für die Überlassung von Wohnraum mit Pflege- oder Betreuungsleistungen geschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten über mögliche Auswirkungen auf die Stadt zu berichten.

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche der vorgesehenen Änderungen des o.g. Gesetzentwurfes hat konkrete Auswirkungen auf die kommunale Ebene?
2. Ist mit finanziellen Be- bzw. Entlastungen für den städtischen Haushalt aufgrund des o.g. Gesetzentwurfes zu rechnen?

Beschluss Nr. 0075

Der Magistrat wird gebeten in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu berichten:

1. Welche der vorgesehenen Änderungen des o.g. Gesetzentwurfes hat konkrete Auswirkungen auf die kommunale Ebene?
2. Ist mit finanziellen Be- bzw. Entlastungen für den städtischen Haushalt aufgrund des o.g. Gesetzentwurfes zu rechnen?

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2009

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2009

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister